

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
 Kämmerei
 Frauenbeauftragte nach HGIG
 Frauenbeauftragte nach HGO
 Sonstiges

Rechtsamt
 Umweltamt: Umweltprüfung
 Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B
Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich
 öffentlich nicht öffentlich
wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind
 keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (-> in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat
 HMS-Ampel rot grün

Prognose Zuschussbedarf
 abs.:
 in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat
 Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist)
 abs.:
 in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt- kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
Summe einmalige Kosten:						
Summe Folgekosten:						

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 1.500 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Insbesondere durch höhere Personal-, Miet- und IT-Kosten kam es zu einer Überschreitung des Einzelbudgets Personalräte. Der Mehraufwand im Einzelbudget Personalräte soll anteilig durch alle Dezernate gedeckt werden.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - das Einzelbudget Personalräte in 2022 zum Stand 01.03.2023 um 239.934 Euro überschritten ist.
 - die Überschreitungen primär im Bereich Personalkosten, Miete und IT-Ausstattung liegen.
 - analog der bisherigen Regelung aus früheren Jahren die Überschreitung des Einzelbudgets aus den Budgets aller Dezernate gedeckt werden soll im Verhältnis der Anzahl der Mitarbeitenden (Stammpersonal).
2. Beim Innenauftrag 300181 - 90 Querschnittssammler Personalräte, stadtweit - werden 239.934 Euro überplanmäßig zugesezt. Die Deckung erfolgt aus den Querschnittssammlern der Dezernate nach der Anzahl der Mitarbeiter/-innen des Zuständigkeitsbereiches (Dezernat und unterstellte Ämter).
3. Die Höhe des in Punkt 2 genannten Mehrbedarfs wird sich durch ausstehende Buchungen im Rahmen des Jahresabschlusses voraussichtlich noch verändern. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird Dezernat III/20 ermächtigt, den üpl.-Betrag und die Deckungen analog der Berechnung auf Basis dieser Sitzungsvorlage entsprechend anzupassen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Personalvertretungen erbringen Leistungen für die gesamte Stadtverwaltung. Deren Budget wird gesondert in einem Einzelbudget geführt. Bereits in früheren Jahren wurden die Dezernate bei einer Überschreitung des Personalvertretungsbudgets zur Mitfinanzierung herangezogen.

Im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2022/23 hatten die Personalräte Mehrbedarfe in Höhe von ca. 200 Tsd. Euro angemeldet. Im Zuge der politischen Haushaltsplanberatungen wurden diese Mehraufwendungen nicht zugesezt mit dem Hinweis, dass bei einer tatsächlichen Überschreitung des Budgets die Finanzierungsregelung durch die anderen Dezernate greifen würde.

Das Defizit bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen ist durch Tarif- und Besoldungserhöhungen im Jahr 2022, den Mehrbedarf wegen höheren Eingruppierungen und unterjährigen Veränderungen bei den freigestellten Mitglieder - insbesondere auch nach den Personalratswahlen - entstanden.

Das Defizit bei den Sachkosten/GWGs resultiert hauptsächlich durch den Umzug der Personalräte von der Hasengartenstraße 21 in die Bierstadter Straße 1. Diese erhöhten Mietkosten waren bislang noch nicht in den Rahmenwerten enthalten. Auch die teurere Ausstattung mit mobilen IT-Geräten aufgrund von Homeoffice sowie die erhöhte Miete für die Personalversammlung im Rhein-Main-Congress-Centrum gegenüber der bisherigen Miete im Kurhaus haben zum Mehrbedarf beigetragen.

Die Deckung soll anteilig - nach der Anzahl der Mitarbeiter/-innen - von allen Dezernaten erbracht werden. Basis für die Aufteilung ist die **Anzahl der Mitarbeiter/-innen** der Bereiche zum Stand Dezember 2022 **ohne** das Personal der Eigenbetriebe, Mitarbeiter/-innen in der Altersteilzeit Freistellungsphase und beurlaubtes Personal.

Dezernate	Ämter	Anzahl Mitarbeitende	Anteil	Deckungsbetrag
Dezernat I	10, 11, 12, 14, 16, 37, 52, 61	877	0,17	40.789
Dezernat II	30, 31, 39, 53	430	0,08	19.195
Dezernat III	20, 21, 40, 41	550	0,10	23.993
Dezernat IV	15, 36, 67, 0402, 040040	449	0,09	21.594
Dezernat V	23, 34, 63, 64, 66	571	0,11	26.393
Dezernat VI	33, 50, 51	2.384	0,45	107.970
Gesamt		5.261	1	239.934

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

. März 2023

Mende
Oberbürgermeister